



CDU KREISVERBAND
HEILBRONN

Antragssammlung

Allgemeine Anträge (A)

**KREISPARTEITAG
25. November 2017
Leingarten**

ANTRAG A1	ANTRAGSTELLER: AXEL VON DER HERBERG, KLAUS HACKERT, THOMAS RANDECKER, AXEL JÄGER, ILONA WERNER, THOMAS HAMMANN, ERNST KÜHNER UND WEITERE
<p>Wiedereinführung der Meisterpflicht für Betriebsübernahmen und Existenzgründungen im Handwerk</p> <p>Der CDU Kreisparteitag möge beschließen:</p> <p>die im Rahmen der SPD basierten Reformpolitik „Agenda 2010“ verabschiedete 4. Novellierung der Handwerksordnung, (HWO) hinsichtlich der Liberalisierung des Meisterwesens zu überprüfen.</p> <p>Durch die zum 1. Januar 2004 wirksame Gesetzesänderung, wurde die Anzahl der meisterpflichtigen Handwerke von 94 auf 41 reduziert. Mit weitreichenden Folge für 53 Gewerke, die somit weder einen praktischen Leistungsnachweis noch eine theoretische Kenntnisprüfung, im Sinne der Handwerksordnung, für eine Gewerbeprüfung benötigen.</p> <p>Die Antragsteller beantragen eine Überprüfung / Wiedereinführung der Meisterpflicht bei Existenzgründungen bzw. Betriebsübernahmen.</p> <p>Im Wesentlichen soll überprüft werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auswirkung auf die binnenorientierte Leistungsfähigkeit des Deutschen Handwerks am Beispiel der Trockenbauer- und Fliesenlegerhandwerks. 2. Darstellung der Leistungs- und Qualitätsstandards des Deutschen Handwerks aufgrund der Niederlassungs- und Gewerbebefreiheit im EU-Binnenmarkt. 3. Quantitative Veränderungen in der Aus- und Weiterbildung durch zulassungsfreie Handwerksbetriebe 4. Negative Auswirkungen durch mangelnde Schadens-Transparenz für inländische Verbraucher. 5. Starke Ausweitung der Scheinselbständigkeit als Einfallstor für illegalen Aufenthalt- und Beschäftigung im Bausektor. 	
Begründung: ggf. mündlich	
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input type="radio"/> ANNAHME <input type="radio"/> ABLEHNUNG <input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="radio"/> ERLEDIGT

ANTRAG A2		ANTRAGSTELLER: AXEL VON DER HERBERG	
<p>Überprüfung der Zulassungsrichtlinien für manuell zu schaltbare Soundsysteme, bei kraftstoffbetriebenen Kraftfahrzeugen</p> <p>Der CDU Kreisparteitag möge beschließen:</p> <p>Das Bundesverkehrsministerium, das Kraftfahrtbundesamt sowie nachgelagerte Zulassungsbehörden mögen bei der Zulassung abgastechnischer Anlagen an Personenkraftwagen oder Motorrädern mit Verbrennungsmotoren sogenannte „manuell zuschaltbare Soundsysteme“ oder Klappenauspuffanlagen hinsichtlich der manuell zu schaltbaren Geräuschkulisse strengere Richtlinien und Grenzwerte gegen den Lärm-Terror sogenannter „Poser“ auf zwei bzw. vier Rädern einführen.</p>			
<p>Begründung:</p> <p>ggf. mündlich</p>			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME <input type="radio"/> ABLEHNUNG <input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="radio"/> ERLEDIGT	

ANTRAG A3		ANTRAGSTELLER: AXEL VON DER HERBERG	
<p>Verkauf von Alkoholischen Getränken nach 22 Uhr</p> <p>Der CDU Kreisparteitag möge beschließen:</p> <p>Den Verkauf von Alkoholischen Getränken nach 22 Uhr zu verbieten. Insbesondere der Verkauf an Tankstellen ist kontraproduktiv, da in starkem Maße jugendliche Fahranfänger unter den Käufern als auch den Fahrzeugführern sind und somit das Gefährdungspotential deutlich ansteigt.</p> <p>Weiterhin sind die Lärmbelästigung sowie die „enthemmte“ Entsorgung der geleerten Flaschen und Dosen für Anwohner ein zunehmend stärker auftretendes Problem.</p>			
<p>Begründung:</p> <p>ggf. mündlich</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>		<p><input type="radio"/> ANNAHME</p> <p><input type="radio"/> ABLEHNUNG</p> <p><input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="radio"/> ERLEDIGT</p>	

ANTRAG A4		ANTRAGSTELLER: MARTIN H. LORENZ	
<p>Der Kreisparteitag der CDU Heilbronn möge beschließen:</p> <p>Der CDU Kreisverband Heilbronn fordert ein Islamgesetz nach österreichischem Vorbild zur Unterbindung politisch-islamischer Einflussnahme aus dem Ausland und zur Verhinderung von Parallelgesellschaften.</p>			
<p>Begründung:</p> <p>Mit der Einführung eines Islamgesetzes nach österreichischem Vorbild soll dem Islam die Körperschaftrechtliche Grundlage für die Religion des Islam und damit den hier lebenden Muslimen geschaffen werden.</p> <p>Gleichzeitig soll es den Islam einerseits aus seiner Intransparenz herausholen und die Kontrolle des Staates und der Mehrheitsgesellschaft über islamische Strukturen in Deutschland ermöglichen.</p> <p>Dadurch kann eine islamische Seelsorge in Krankenhäusern ermöglicht werden, genauso gehören islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten Religionslehrern und Imamen dazu. Auch in Moscheen muss künftig in deutscher Sprache gepredigt werden – diese Gotteshäuser müssen Muslimen aus allen Ländern offenstehen ...</p>			

und das gesprochene Wort muss ebenfalls transparent sein.

Die Finanzierung von Moscheen, Moscheevereinen und sogenannten „Integrationsvereinen“ aus dem Ausland soll unterbunden und damit Parallelgesellschaften und „Hinterhof-Moscheen“ verhindert werden.

Wir brauchen einen Islam deutscher Prägung, der mit den Werten des Grundgesetzes und der offenen-liberalen Gesellschaft im Einvernehmen steht um den sozialen Frieden in Deutschland zu stabilisieren.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

- ANNAHME
- ABLEHNUNG
- IN GEÄNDERTER FASSUNG
- ERLEDIGT

ANTRAG A5

ANTRAGSTELLER:
MARTIN H. LORENZ

Der Kreisparteitag der CDU Heilbronn möge beschließen:

Der CDU Kreisverband Heilbronn fordert ein gesetzliches Verbot zur Annahme von Geldern von Interessenverbänden durch Abgeordnete während der Mandatszeit und darüber hinaus die Einführung eines Lobbyregisters.

Begründung:

Bestechung von Politikern ist in Deutschland de facto nicht strafbar. Während der „normale“ Beamte nicht einmal eine „Gefälligkeit“ in Höhe von 25 Euro annehmen darf, ist der Politiker, der das „Aushängeschild“ an Ehrbarkeit und Unabhängigkeit repräsentieren sollte, jederzeit „schmierbar“ – ohne jede Konsequenz. Nur der direkte, in die Zukunft gerichtete Kauf und Verkauf von Stimmen bei Abstimmungen oder Wahlen ist strafbar, aber bei zwei „Geschäftspartnern“, die das gleiche Ziel verfolgen, ja nicht nachweisbar, solange sie den Mund halten. Wir geißeln diese Praxis und fordern darüber hinaus ein Lobbyregister, um den Lobbyismus zu regulieren. Dieses Register soll Auskunft darüber geben, welcher „Interessensvertreter“ für wen arbeitet, wann er den Bundestag betritt, mit wem er wie lange Gespräche führt und wer ihn finanziert. Nur so würde Transparenz erreicht. Wir haben uns schon vor vielen Jahren gegenüber der Weltgemeinschaft verpflichtet, diese Praxis zu ändern, aber am Ende fehlt der Wille dazu. Hier stinkt der Fisch vom Kopf und wenn wir uns noch einmal vergegenwärtigen, welche Sanktionen richtigerweise gegen Beamte verhängt werden, die „mal hier mal da“ etwas annehmen, dann kann es doch nicht sein, dass es bis heute ohne jede Konsequenz bleibt, wenn ein Politiker Gelder von Dritten annimmt. Bei Amtspersonen hat die Politik sehr genau geregelt, was erlaubt ist und was nicht – nur bei sich selbst drücken sie nach wie vor in großer Eintracht beide Augen zu. Politikerbestechung kann so gut wie nicht ...

bewiesen und verfolgt werden; solange die Zahlungen ordnungsgemäß versteuert werden, kann der Politiker annehmen, was er will. 2014 hat der Bundestag nach 11 Jahren „Kampf mit sich selbst“ die UN-Konvention gegen Korruption ratifiziert – die Annahme von Geldern durch Mandatsträger hat man aber derart verwässert, dass auch weiterhin keine Konsequenzen drohen.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input type="radio"/> ANNAHME <input type="radio"/> ABLEHNUNG <input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="radio"/> ERLEDIGT
-----------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

ANTRAG A6	ANTRAGSTELLER: MARTIN H. LORENZ
------------------	--------------------------------------------

Der Kreisparteitag der CDU Heilbronn möge beschließen:
 Der CDU Kreisverband Heilbronn fordert die sofortige Abschaffung des sog. Soli.

Begründung:
 Der Soli dient längst der Finanzierung von Haushalten und hat seinen ursprünglichen Zweck, den Wiederaufbau der neuen Bundesländer, verloren. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr zuzumuten, zusätzliche Steuern zu bezahlen, deren Solidaritätsgedanke nicht mehr die Basis für die Erhebung ist. Eine sofortige und ersatzlose Streichung ist deshalb sowohl notwendig als auch richtig.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input type="radio"/> ANNAHME <input type="radio"/> ABLEHNUNG <input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="radio"/> ERLEDIGT
-----------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

ANTRAG A7		ANTRAGSTELLER: MARTIN H. LORENZ
<p>Der Kreisparteitag der CDU Heilbronn möge beschließen:</p> <p>Der CDU Kreisverband Heilbronn fordert einen Stopp weiterer EU-Beitrittsverhandlungen mit europäischen Schwellenländern und der Türkei.</p>		
<p>Begründung:</p> <p>Die europäische Wertegemeinschaft ist in den letzten Jahren, insbesondere durch Länder des ehemaligen Ostblocks, in schwerem Gewässer gesegelt. Aus geostrategischen Gründen hat man Länder in die EU geholt, die die Union nicht stärken, sondern eher schwächen. Nach dem Brexit ist der Bestand der ursprünglichen Ideen mehr denn je in Gefahr. Europa muss sich jetzt stabilisieren und braucht keine Länder wie Serbien, Bosnien, Albanien oder die Türkei, die mit Veto-Rechten und Egoismen das Miteinander noch schwieriger machen als es das ohnehin schon ist. Der Balkan hat in seiner heutigen Verfassung nichts in der EU verloren. Wir müssen definitiv andere Abkommen forcieren, die die Entwicklung der Bildung und der Wirtschaft fördern. Hilfe zur Selbsthilfe. Es muss gelingen, diese Länder durch andere Maßnahmen an die Wirtschaftskraft der Länder Zentraleuropas heranzuführen. Dann kann man unter veränderten Bedingungen vielleicht auch fundierte Kriterien benennen, die einen Neuanfang in ferner Zukunft rechtfertigen. Außerdem braucht die EU der 28 Staaten mindestens 20 Jahre, um selbst „zur Ruhe“ zu kommen. Zu schwer wiegen die immer noch anhaltenden Integrationsbemühungen für die Beitrittsländer seit 2004. Und die politischen Rückschritte in einzelnen Ländern, wie nicht zuletzt die Beispiele Ungarn und Polen zeigen. Die Türkei hat zuletzt gezeigt, dass sie sich weg von der Rechtsstaatlichkeit entwickelt. Dialog ja, Beitritt nein.</p>		
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME <input type="radio"/> ABLEHNUNG <input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="radio"/> ERLEDIGT

Der Kreisparteitag der CDU Heilbronn möge beschließen:

Der CDU-Kreisverband Heilbronn fordert die CDU-Bundespartei auf grundsätzlich zum Ergebnis von Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene eine Mitgliederbefragung durchzuführen.

Begründung:

Nach vielen Jahren einer deutlichen Identitätsveränderung der CDU-Bundespartei ist es an der Zeit, dass die Parteimitglieder nach Kenntnisnahme eines avisierten Koalitionsvertrages darüber abstimmen dürfen ob sie einer Koalitionsvereinbarung auf dieser Grundlage zustimmen können.

Eine Stärkung der innerparteilichen Demokratie ist insbesondere in der CDU überfällig. Wird zum einen von der Parteispitze nach dem „Abräumen von inhaltlichen Kernpositionen“ häufig mit einer Modernisierung der Partei hinsichtlich der gesellschaftlichen Veränderung argumentiert, so ist jedoch offensichtlich, dass die CDU, auch im Vergleich mit anderen Parteien, in der Frage der innerparteilichen Demokratie einen gewaltigen Nachholbedarf hat.

Es ist wichtig zu betonen, dass es nicht darum geht nun eine „Mitgliederdemokratie“ einzuführen, bei der zukünftig bei allen möglichen inhaltlichen Entscheidungen die Mitglieder abstimmen oder gar um eine Ausweitung von Volksbegehren und Volksentscheiden.

Weitere Erläuterungen mündlich

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

- ANNAHME
- ABLEHNUNG
- IN GEÄNDERTER FASSUNG
- ERLEDIGT

ANTRAG A9		ANTRAGSTELLER: WALTER SCHWAß
<p>Der Kreisparteitag der CDU Heilbronn möge beschließen:</p> <p>Der CDU-Kreisverband Heilbronn fordert die CDU-Bundespartei dazu auf, grundsätzlich Regionalkonferenzen mitgliederoffen zu organisieren.</p>		
<p>Begründung:</p> <p>Verschiedene Medien hatten berichtet, dass es geplant war zu den nach den Sondierungsgesprächen angesetzten Regionalkonferenzen ausschließlich Mandatsträger und Amtsträger einzuladen.</p> <p>Auch hier zeigt sich der Modernisierungsbedarf der Bundespartei. Es kann nicht angehen, dass die einfachen Parteimitglieder, in solch bedeutenden Veranstaltungen kein Rederecht haben und nicht eingeladen werden.</p> <p>Weitere Erläuterungen mündlich</p>		
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>		<p><input type="radio"/> ANNAHME</p> <p><input type="radio"/> ABLEHNUNG</p> <p><input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="radio"/> ERLEDIGT</p>

Der Kreisparteitag der CDU Heilbronn möge beschließen:

Der CDU-Kreisverband Heilbronn fordert ein gesetzliches Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit, wie dies auch schon in Frankreich, Belgien, Bulgarien, Österreich und in Teilen der Schweiz der Fall ist.

Begründung:

Das Gesicht ist in unserer Gesellschaft wichtig für soziale Interaktion und für zwischenmenschliche Kommunikation.

Es geht hierbei nur um eine Vollverschleierung in der Öffentlichkeit (Öffentliche Orte wie Einkaufszentren, oder auch in öffentlichen Gebäuden der Verwaltung und der Schulen) insbesondere durch „Burka“ und „Niqab“, nicht aber um Kopftücher, bei denen das Gesicht sichtbar bleibt.

Eine Vollverschleierung steht im Widerspruch zu unserer offenen Gesellschaft in der man sein Gesicht in der Öffentlichkeit zeigt und sind häufig Ausdrücke eines militanten Islamismus, der eben diese Gesellschaft ablehnt und bekämpft.

Eine Vollverschleierung ist im Koran weder erwähnt oder vorgeschrieben. Das Gebot religiöser Toleranz würde durch die Akzeptanz einer Vollverschleierung, die überwiegend gegen den Willen der Frau durch Zwang erfolgt, völlig überdehnt. Zudem kann man nicht konsequenterweise einerseits die Ablehnung islamistischer Erscheinungsformen fordern, sich andererseits aber gegen ein gesetzliches Verbot aussprechen.

Weitere Erläuterungen mündlich

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

- ANNAHME
- ABLEHNUNG
- IN GEÄNDERTER FASSUNG
- ERLEDIGT